

# Deutschland - das Land der Deutschen *und* der Türken?

von Stefan Hug<sup>147</sup>.

*„Was, wenn die Mehrheit der Türken sich gar nicht integrieren will? (...) Wenn sie, von Erdogan dazu angespornt, türkische Schulen und Universitäten in Deutschland verlangt? Wenn sie eigene Parteien fordert und das Türkische als Amtssprache in Berlin-Kreuzberg?“<sup>148</sup>*

Mit diesen Worten beschrieb die „Frankfurter Allgemeine“ Anfang 2008 ein diffuses Gefühl des Mißtrauens gegenüber den Türken in Deutschland. Wer mit offenen Augen und Ohren durch das Leben geht, konnte schon viele Jahre früher die bedenkliche Tendenz zu türkischen Parallelgesellschaften ausmachen. Diese Tendenz verdichtet sich in letzter Zeit mehr und mehr, und sie wird durch zwei Faktoren verstärkt: durch eine immer ungeniertere Einflußnahme der Türkei in Deutschland und eine im Gegenzug immer schwächer und zögerlicher werdende Reaktion des deutschen Staates.

## Türkische Staatsgewalt auf deutschem Boden

Die zahlenmäßige Dominanz der Türken unter den Muslimen und den verschiedenen nichtdeutschen Nationalitäten in der Bundesrepublik wird in den letzten Jahrzehnten zunehmend bekräftigt durch die Tatsache, daß ihnen der offensiv auftretende türkische Staat an

die Seite tritt. Die Türken in Deutschland werden durch die Türkei unterstützt, die über die NATO bereits seit Jahrzehnten mit der Bundesrepublik in einem von der politischen Führung als überaus wichtig betrachteten Pakt verbunden ist. Außerdem ist die Türkei seit Jahrzehnten auch Anwärter zum Beitritt in die Europäische Union. Das unterscheidet die Türken wesentlich von den Arabern, die aus vielen verschiedenen Staaten kommen, deren politische Verbundenheit mit Deutschland weniger intensiv ist.

Die Türkei hat eine stark wachsende Bevölkerung, die an Zahl jene der deutschen in den nächsten Jahren übertreffen wird – es wird mehr Türken als Bundesdeutsche geben, wobei sich bereits jetzt in der bundesdeutschen Bevölkerung ca. drei Millionen aus der Türkei stammende Menschen befinden! Darunter zählen Hunderttausende türkische Staatsbürger kurdischer Ethnie; doch die kurdischen Verbände in der Bundesrepublik werden nicht von einem kurdischen Staat protegirt und haben deswegen kaum ein politisches Gewicht. Durch einen EU-Beitritt der Türkei würden langfristig Millionen Türken zusätzlich nach Deutschland kommen. Sie träfen auf eine türkische Infrastruktur, die es jetzt schon ermöglicht, sich innerhalb Deutschlands in einer rein türkischen Welt zu bewegen. Nichts würde sie dazu animieren, Deutsch zu lernen und sich den Sitten und Gebräuchen unseres Landes anzupassen. Während die geostrategische Bedeutung Deutschlands mit der Wiedervereinigung gesunken ist und die Bundesrepublik zum sicheren Hinterland der NATO wurde, ist jene der Türkei mindestens gleich stark geblieben bzw. sogar noch gewachsen. Das Ende des

147 Leicht veränderter Auszug aus dem im September 2010 publizierten Buch von Stefan Hug: „Migrantengewalt. Wie sich unser Staat selbst entmachtet.“ (Verlag Siegfried Bublies, 304 Seiten, 19,80 Euro).

148 „Frankfurter Allgemeine“ vom 12. Februar 2008

Ost-West-Konflikts hat die Bedeutung des Bosphorus minimiert, da nun nicht mehr die Gefahr besteht, daß sowjetrussische Marineverbände in das östliche Mittelmeer durchbrechen und den Suezkanal bedrohen könnten. Andererseits grenzt die Türkei an viele Staaten, die in den strategischen Planungen der USA eine bedeutende Rolle spielen (Irak, Iran, Syrien), weshalb sie auf Drängen Washingtons auch am Golfkrieg 1990/91 teilnahm. Die Waffenbrüderschaft beim Golfkrieg 2003 verweigerte die inzwischen islamistische Führung der Türkei trotz heftigen Werbens der USA mit Hinweis auf die muslimische Bevölkerung des Irak. Dennoch besitzt die Türkei immense strategische Bedeutung und beherbergt auf ihrem Boden große Militärbasen der USA, auf die das Pentagon nicht verzichten will. Syrien und der Iran stehen im Fadenkreuz Washingtons, und beide Staaten haben gemeinsame Grenzen mit der Türkei. Unter US-amerikanischer Ägide arbeiteten bis vor kurzem sogar israelisches und türkisches Militär einträchtig zusammen!

Diese Schlüsselstellung wird zusätzlich durch die wachsende Bedeutung der Türkei im Energiesektor unterstrichen. Zwar verfügt sie über keine eigenen Energiequellen, fungiert aber in den strategischen Planungen der US-Amerikaner als „Energiekorridor“ für Erdöl und Erdgas aus Zentralasien. Damit sollen Rußland, China und der Iran umgangen werden. Eine Öl-Pipeline vom aserbaidzhanischen Baku in die türkische Hafenstadt Ceyhan wurde bereits 2006 fertiggestellt. Die „Nabucco“-Pipeline soll Erdgas bis nach Österreich bringen. Das würde den potentiellen politischen Einfluß Ankaras verstärken; die türkische Führung hat bereits bekundet, daß mit dieser Stellung im Energiesektor die Europäische Union nicht mehr länger die Tür für eine Mitgliedschaft der Türkei verschlossen halten könne und im Gegenteil der Beitrittsprozeß beschleunigt werden muß - die Pipeline wird von Ankara für eine politische Erpressung benutzt, noch bevor sie gebaut ist!<sup>149</sup>

Diesen globalen strategischen Entwicklungen läuft eine wachsende Einflußnahme der Türkei in Deutschland selbst parallel. Der türkische Regierungschef Erdogan rief unbekümmert in einer Massenversammlung in Köln die Türken in Deutschland dazu auf, sich nicht zu assimilieren. In einem Interview bekundete er gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen“, daß sogar die Türken mit deutscher Staatsbürgerschaft beiden Staaten gegenüber loyal sein sollen!<sup>150</sup> Das direkte staatliche Handeln der Türkei wird ergänzt durch die DITIB. Die meisten in Deutschland errichteten Moscheen entstehen in Trägerschaft der „Diyanet Isleri Türk Islam Birliđi“. Diese ist letztlich nichts anderes als ein Anhängsel des türkischen Staates, weil sie dem „Präsidium für Religionsangelegenheiten“ untersteht, einer staatlichen Behörde der Türkei! Bezeichnenderweise

sind viele Moscheen der DITIB mit der türkischen Fahne geschmückt - falls die deutsche Flagge überhaupt verwendet wird, ist sie oft kleiner als die türkische oder hängt niedriger als diese.<sup>151</sup>

Der türkische Staat besoldet zudem die Imame, die nach Deutschland geschickt und regelmäßig nach wenigen Jahren ausgetauscht werden, damit sie nicht „verdeutschen.“ Schon in den neunziger Jahren wurde eine starke Beeinflussung der deutschen Innenpolitik durch die sich zuspitzende Kurdenproblematik offenkundig. Die Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Türken führten dazu, daß die kurdische Separatistenorganisation PKK ihren Krieg gegen die Türkei nicht nur in Ostanatolien führte, sondern auf deutschen Boden verlagerte, etwa mit Anschlägen gegen türkische Konsulate. Zugleich wurden Abweichler in den eigenen Reihen ermordet oder mit dubiosen Methoden Geld unter den kurdischen Landsleuten eingetrieben. Das trug dazu bei, daß die PKK in der Bundesrepublik als terroristische Organisation eingestuft und 1993 verboten wurde. Gegen den Führer der PKK, Öcalan, wurde in der Bundesrepublik ein Haftbefehl erlassen. 1999 mußte Öcalan Syrien verlassen, da die Türkei dem südlichen Nachbarn damit gedroht hatte, den Zufluß des lebenswichtigen Euphratwassers zu drosseln. Der deutsche Haftbefehl wurde akut, als Öcalan nach seinem Weggang aus Syrien weltweit Zuflucht suchte. Anfang 1999 wurde er in Rom von der Polizei festgenommen. Mit Italien besteht ein Auslieferungsabkommen, so daß er an die Bundesrepublik hätte überstellt werden müssen.

Doch der Generalbundesanwalt verzichtete; die Italiener ließen ihn daraufhin wieder frei, wenig später wurde er in Kenia von türkischen Geheimdienstlern angeblich mit Hilfe des israelischen Geheimdienstes gekidnappt und in die Türkei gebracht. Daraufhin kam es abermals zu bürgerkriegsähnlichen Szenen in Deutschland. In Berlin wollten Kurden das israelische Generalkonsulat stürmen. Doch die israelischen Sicherheitskräfte eröffneten im Gegensatz zu den deutschen Bewachern, welche den Angriff nicht abhielten, ohne Zögern das Feuer und töteten vier der Kurden.<sup>152</sup> Dr. Hans Plattner, in den neunziger Jahren Botschafter der Republik Österreich in der Türkei, kommentierte von außen das Geschehen trocken mit den Worten: „Die Türken in Deutschland beeinflussen schon jetzt die deutsche Innenpolitik.“<sup>153</sup>

Daß Deutschland Öcalan nicht haben wollte, ist verständlich: zu heftig wären die Auseinandersetzungen gewesen, die sich Türken und Kurden während eines Prozesses um ihn geliefert hätten. Wahrscheinlich hätte auch der türkische Staat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, ein Urteil in Ankaras Sinne oder sogar die Auslieferung in die Türkei zu erzwingen.

151 Vgl. den Bericht über die Ingolstädter Moschee auf der Netzseite von „Politically Incorrect“ vom 18. Mai 2008

152 „Der Spiegel“ vom 1. Juni 1999

153 Plattner, Die Türkei, Eine Herausforderung für Europa, S. 76

149 „Der Standard“ vom 20. Januar 2009

150 „Frankfurter Allgemeine“ vom 12. März 2008

All diesen unbequemen Szenarien ging die politische Führung der Bundesrepublik aus dem Weg. Um so unverständlicher, daß sie die unveränderte Problemlage zwischen Türken und Kurden kurz darauf sogar „eindeutschte“, als sie Hunderttausenden türkischen Staatsbürgern (und damit auch Kurden) die deutschen Pässe förmlich hinterher warf.

Innenminister Schäuble hatte 1990 mit der Neuordnung des Staatsangehörigkeitsrechtes dafür gesorgt, daß dessen strenge Kriterien gelockert wurden. So konnten von 1990 bis 1997, vor der rot-grünen Regierungsübernahme, bereits fast 166 000 Türken die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen, durchschnittlich über 20 000 pro Jahr, wogegen über die achtziger Jahre hinweg die jährliche Einbürgerungsrate der Türken noch im dreistelligen und niedrigen vierstelligen Bereich gelegen hatte. Doch diese Steigerung war der Türken-Lobby zu wenig, sie stieß sich vor allem am Widerstand der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft.

Fünf Wochen vor der Bundestagswahl 1998 rief der liberalkonservative Ministerpräsident der Türkei, Mesut Yilmaz, dazu auf, *nicht* die CDU zu wählen, weil die Partei gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und den EU-Beitritt der Türkei sei. Sogar die Opposition Yilmaz' in der Türkei unterstützte seine Forderung. Die CHP, das türkische Pendant zur SPD, verschickte an jeden einzelnen wahlberechtigten Türken in Deutschland einen Brief mit der Aufforderung, die SPD zu wählen, insgesamt 160 000 Schreiben. Bei der Bundestagswahl votierten dann die Türken mit deutschem Paß zu 70% für die SPD und verhalfen Rot-Grün mit zum knappen Sieg. Seitdem werden die „Deutsch-Türken“ von allen großen Parteien, zunehmend auch der CDU/CSU, als Wähler umworben. Und die Masseneinbürgerung wurde daraufhin erst so richtig ausgeweitet: In den Jahren von 1998 bis einschließlich 2004, vor dem Beginn der zweiten Großen Koalition, wurden fast eine halbe Million Türken eingebürgert. Die generelle Akzeptanz der doppelten Staatsangehörigkeit konnte allerdings nicht durchgesetzt werden, da Roland Kochs Wahlsieg in Hessen 1999 die Mehrheit im Bundesrat zugunsten der Konservativen veränderte.

So gestalteten sich die deutlich sichtbaren, aber kaum skandalisierten Zugriffe türkischer Staatsgewalt auf deutschen Boden. Anfang 2008 fanden sie einen bisher unerreichten Höhepunkt. Am 3. Februar 2008 forderte ein Brand in einem von Türken bewohnten Haus in Ludwigshafen neun Tote. Sofort wurde der Verdacht laut, daß Deutsche bzw. „Rechte“ den Brand gelegt hatten – dieser Verdacht wurde nach den Anschlägen in Mölln und Solingen in den neunziger Jahren praktisch institutionalisiert. Doch die Ermittlungen ergaben keine eindeutig bestimmbare Brandursache. Brandstiftung wurde schließlich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen, wohl aber hatte einer

der türkischen Mieter im Keller, wo der Brand ausbrach, illegal Strom abgezapft!

Die Türkei schickte kurz nach dem Brand eigene Ermittler nach Ludwigshafen. Der deutsche Innenminister und damit oberste Chef der Bundespolizei, Wolfgang Schäuble, ließ dazu nichts anderes verlauten als „Das würden wir selbstverständlich begrüßen. Die türkische Regierung kann das tun, auch wenn wir wissen, daß das Mißtrauen gegenüber unseren Polizeibehörden unbegründet ist.“<sup>154</sup>

Damit hat der deutsche Staat seine volle Souveränität auf dem eigenen Territorium freiwillig in Frage gestellt und vor allem einen verhängnisvollen Präzedenzfall geschaffen – in Zukunft wird jeder Brand mit Toten in einem von Türken bewohnten Haus auf deutschem Boden dazu führen, daß der türkische Staat mit Hinweis auf Ludwigshafen eigene Ermittler senden will und kann! In einer anderen Hinsicht aber konstituiert Ludwigshafen ebenfalls einen – positiven – Präzedenzfall. Erstmals ließ die deutsche Bevölkerung sich nicht mehr dazu hinreißen, ohne begründeten Verdacht in großen Massen gegen „Rechts“ zu protestieren und in Lichterketten gegen einen imaginierten Feind zu demonstrieren. Die offene Berichterstattung verschwieg nicht, daß Türken deutsche Feuerwehreute beleidigt und sogar tödlich angegriffen hatten, weil diese angeblich zu spät am brennenden Haus erschienen waren.<sup>155</sup> Offensichtlich haben sich die Wahrnehmung und das Problembewußtsein der deutschen Bevölkerung seit Beginn der neunziger Jahre stark verändert. Die unzähligen Fälle von Migrantengewalt, die ungeahndet blieben bzw. nicht politisiert oder skandalisiert wurden, haben ihre Wirkung genausowenig verfehlt wie die sich häufenden Falschmeldungen über ausländerfeindliche Taten, z.B. im sächsischen Sebnitz.

## Türkische Wähler als Königsmacher

Auf der politischen Ebene hat die Einbürgerung Hunderttausender von Türken das Phänomen hervorgerufen, daß dieser Klientel zunehmend eine wahlentscheidende Qualität zugesprochen wird.<sup>156</sup> Dabei üben sie, gemessen an ihrer Zahl, unverhältnismäßig viel Einfluß aus. Die faktische Rolle türkischer Wähler als „Königsmacher“ erinnert dabei an die FDP in der Bundesrepublik, die über viele Jahre einem geflügelten Wort zufolge „mit 5 % der Wählerstimmen 50 % der Politik“ machte. Schon 1998 galten vielen die Wähler türkischer Herkunft als entscheidendes Zünglein an der Waage, bei der Bundestagswahl 2002 hat sich dieser Trend noch einmal verstärkt, wobei eine eindeutige Neigung der Türken zu linken Parteien festzustellen

154 „Frankfurter Allgemeine“ vom 5. Februar 2008

155 „Der Spiegel“ vom 6. Februar 2008

156 „Süddeutsche Zeitung“ vom 4. September 2009

war und ist.<sup>157</sup> Die CDU-Führung verstand das als Signal, vermehrt um Türken zu werben, womit sie sich immer stärker von der Parteibasis entfernte.

Die Ergebnisadressen deutscher Spitzenpolitiker betreffend die zukünftige Präsenz türkischstämmiger Politiker im politischen Leben Deutschlands scheinen sich in den letzten Jahren fast zu überschlagen: so prognostizierte Wolfgang Schäuble, Innenminister der CDU, einen türkischstämmigen Bundeskanzler.<sup>158</sup> Gerhard Schröder, ehemaliger SPD-Bundeskanzler, sah zu Beginn des Jahres 2009 mindestens einen türkischstämmigen Minister im nächsten Kabinett.<sup>159</sup> Die Grünen glänzen seit November 2008, der Wahl Cem Özdemirs, bereits mit einer zur Hälfte türkischen Spitze ihres doppelköpfigen Parteivorsitzes.

Die Linkspartei duldet die Relativierung des Genozids an den Armeniern durch ihr Mitglied, den Bundestagsabgeordneten Hakki Keskin.<sup>160</sup> Die FDP wirbt zwar nicht speziell um türkische Migranten, weitet aber ihren Liberalismus so weit aus, daß sie inzwischen nichts mehr gegen den EU-Beitritt der Türkei einzuwenden hat.

Hat diese FDP einstmals als Partei der Zahnärzte und Rechtsanwälte mit 5 % der Wählerstimmen 50 % der Politik gemacht, deutet sich bei der türkischen Minderheit ein noch krasserer Mißverhältnis an. Dadurch, daß fast alle Parteien explizit um sie buhlen, können sie im Zweifelsfall 100 % der Politik mit weniger als 3% der Gesamtbevölkerung bestimmen, wobei in diesen 3 % die nichtdeutschen, türkischen Staatsbürger mit eingerechnet sind. Die Bildung einer türkisch/muslimischen Partei, von vielen als „Worst-case“-Szenario an die Wand gemalt, wäre dagegen nur halb so schlimm. Eine solche Partei stünde einzig als Indiz dafür, daß die Türken bereits in solchen Massen vorhanden sind, daß sie sich – neben der Einflußnahme auf deutsche Parteien – eine „eigene“ Partei leisten könnten. Der schlimmste aller Fälle ist aber bereits mit dem Einfluß auf eigentlich alle deutschen Parteien im Bundestag längst eingetreten ...

Diese fatale Entwicklung war klar vorhersehbar. Schon zu Beginn der achtziger Jahre warnte der Rechtswissenschaftler Quaritsch vor einer Masseneinbürgerung von Ausländern, ohne diese zuvor ausreichend assimiliert zu haben.

„Gäbe es aber (...) eine relevante Wählergruppe türkischer Abstammung, dann stiege dieses Problem<sup>161</sup> zu einem Wahlkampfthema von hohem Rang auf. Da das bürgerliche und das sozial-liberale Lager fast gleich stark sind, würde der Mechanismus der Entscheidung durch Nichtentscheidung in Gang gesetzt, den wir aus

allen Ländern nördlich der Alpen kennen, in denen die Wähler ebenso gleichgewichtig verteilt sind. Wo 300 000 Stimmen die Frage beantworten können, wie der nächste Regierungschef heißt, dürfen auch kleine Minderheiten nicht vor den Kopf gestoßen werden. Objektiv notwendige Entscheidungen oder programmatische Aussagen dieser Art werden unterlassen, um die Macht zu erhalten oder die Macht zu erwerben. (...) Welche Partei riskierte dann den allfälligen Verdacht der Türken- und Fremdenfeindschaft (...)? Vor allem: welche Partei riskiert den Verzicht auf die Wähler dieser Gruppe? (...) Wie dem auch sei: Die Einbürgerung nicht assimilierter ethnischer Gruppen schlägt unmittelbar durch auf Innen- wie Außenpolitik.“<sup>162</sup>

Die Präsenz türkischstämmiger Politiker in der deutschen Politik soll nach Ansicht von „Integrationsexperten“ und der türkischen Interessenverbände die Gleichberechtigung und Emanzipation der türkischen Volksgruppe in der Bundesrepublik symbolisieren, in Augen der (noch) deutschen Führungselite steht sie stellvertretend für die „multikulturelle Gesellschaft“ an sich. Daß diese Kooptation zwar die Repräsentation innerhalb der Politik verändert, jedoch keine wirkliche Basis bei den Deutschen hat, wird nicht begriffen. Der Akt der Kooptation selbst läßt sich als Alibi der Eliten verstehen und ist für diese nicht weiter gefährlich, wenn die Zahl und die Macht der Kooptierten einen gewissen Grad nicht überschreiten. Selbst die Grünen verweigerten Özdemir ein sicheres Bundestagsmandat und lassen damit erkennen, daß sie außer dem Vorstandsvorsitz für ihren „Vorzeige-Türken“ keine weitere Macht türkischer Personen dulden.

Anders als die USA haben wir in der Bundesrepublik kein Amalgam, das verschiedene Völker und Rassen zusammenschweißt, wie es der beständige Verweis auf den sozialen Aufstieg und die beständige Beschwörung der Nation im Alltag jenseits des Atlantiks konkretisiert. Die Führung der Bundesrepublik ist auf dem Wege – im krampfhaften Versuch, multikulturelle US-Muster zu kopieren – das eigene Volk zu vergessen, einen Staat ohne Staatsvolk zu repräsentieren. Dabei spricht das Grundgesetz explizit und nur vom „deutschen Volk“, von keiner anderen Volksgruppe. Sollten die Eliten der Bundesrepublik der Meinung sein, dieses vermischen zu können oder auch nur dem deutschen Volk eine „türkische Volksgruppe“ beizugesellen, sei ihnen empfohlen, dies schnellstmöglich in das Grundgesetz einzubringen - um so mehr, da ja inzwischen in allen Parteiführungen, selbst der Union, ein Konsens dafür besteht. Ein solcher Schritt würde jenen Deutschen, die anderer Meinung sind, die Gelegenheit geben, sich eindeutig zu positionieren.

157, „Süddeutsche Zeitung“ vom 4. September 2009

158, „Focus“ vom 19. November 2008

159, „Süddeutsche Zeitung“ vom 28. Januar 2009

160, „junge welt“ vom 9. März 2006

161 (Quaritsch bezieht sich auf die Freizügigkeit von Türken innerhalb Europas)

162 Quaritsch, Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland?, S. 64–65

## Ankara regiert mit

Der überproportionale politische Einfluß einer ethnisch-religiös definierten Wählergruppe ist nur eine Seite des Problems. Verschärfend kommt hinzu, daß ein türkischer Staat existiert, der diese Gruppe immer noch als seine Untertanen ansieht, selbst wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt – so äußerte sich, wie bereits erwähnt, der türkische Ministerpräsident im Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen“ dahingehend, daß auch die Türken mit deutschem Paß der Türkei gegenüber loyal sein sollen. In diesem Interview lud er zudem die Bundeskanzlerin Merkel ein, mit ihm zusammen auf einer Veranstaltung wie in der Köln-Arena, in welcher Erdogan seine berüchtigte Rede hielt, aufzutreten. Süffisant schrieb die „Frankfurter Allgemeine“ dazu: „Erdogan lädt Merkel nach Deutschland ein.“<sup>163</sup>

Wie die Staatsführung der Türkei die türkische Minderheit in Deutschland betrachtet, darüber geben folgende Sätze Auskunft: *Angesichts der bestehenden Interessengegensätze in den Beziehungen zu Deutschland muß die Türkei ein selbstverständliches Interesse daran haben, die türkische Bevölkerungsgruppe als strategisches außenpolitisches Instrument einzusetzen. Dies erfordert unausweichlich das Ziel, die Gruppe zu mobilisieren und zu politisieren, die dann als organisierte Minderheit in die Politik der Bundesrepublik eingreift.*<sup>164</sup>

Der türkische Ministerpräsident Erdogan hat diese Analyse einer „deutsch-türkischen“ Akademikerin in seiner Kölner Rede bestätigt, einen Machtanspruch der Türken in Deutschland zugunsten der Türkei geradezu eingefordert und dabei indirekt auf die armenische Lobby in den USA als Vorbild angespielt. Das türkische Staatsoberhaupt sprach gegenüber den in Deutschland lebenden, zu einem nicht geringen Teil über deutsche Pässe verfügenden Türken von „unseren Interessen“. Dieser klar ausgesprochenen Vereinnahmung kommt eine zunehmende „Hüter-Stellung“ des türkischen Staates seit den neunziger Jahren hinzu.

Indem er sich in vielen praktischen Dingen als Fürsprecher der türkischen Minderheit einsetzt, will er die Türken auf deutschem Boden, auch die mit deutschem Paß, dauerhaft an sich binden.

„In der Tat hat die türkische Politik und Diplomatie in den Verhandlungen mit der deutschen Regierung in den letzten Jahren die Belange ihrer Staatsangehörigen verstärkt thematisiert. Die türkischen Forderungen konzentrierten sich vor allem auf Themen wie Staatsangehörigkeitsfrage, wachsende Ausländerfeindlichkeit und Bildungspolitik. Für die politischen Verantwortungsträger in Ankara ist ein resoluter Einsatz für die vielschichtigen Probleme ihrer Bürger nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern sie liegt auch im staatlichen Eigeninteresse. Die Fähigkeit der Türkei, den Erwartungen der Deutschland-Türken entsprechende Dienstleistungen zu erbringen, werden die Bindung an

sie stärken und folglich die Motivation und die Bereitschaft steigern, sich in der bundesdeutschen Politik für die Türkei einzusetzen.“<sup>165</sup>

Die staatliche Führung der Türkei mischt sich also immer stärker und ungenierter in die deutsche Innenpolitik ein. Irrig ist die Vorstellung, sie täte das erst seit kurzem, um ihre Staatsbürger auf deutschem Boden vor Anfeindungen zu schützen. Bereits in den achtziger Jahren gab es Vorstöße aus Ankara, kurdischen Vereinen in Deutschland den Gebrauch der kurdischen Sprache zu verbieten!

Die Einmischungen zeugten sich unverändert fort, denn ein Staat, der solchen Interventionen keine klare Grenze setzt, muß sich nicht über immer weitergehendere Forderungen wundern. Im Bundesland Brandenburg ist seit 2002 der Völkermord der Osmanen an den Armeniern fakultativer Bestandteil des Lehrplans in Geschichte. Zu Beginn des Jahres 2005 nahm die Regierung in Potsdam auf Grund eines Vorstoßes des türkischen Generalkonsuls den Genozid aus dem Lehrplan. Sogar die linke „taz“ empörte sich darüber und bezeichnete dies als feigen und servilen Akt der Selbstzensur des brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck.<sup>166</sup>

Auf Grund des starken Protests aus armenischen Kreisen, der evangelischen Kirche in Brandenburg, aber auch von Personen des öffentlichen Lebens wurde der Schritt rückgängig gemacht und der Völkermord wieder in den Lehrplan aufgenommen.

Doch die Türken-Lobby läßt nicht locker und zeigt, wie das Muster in Zukunft aussehen wird: nicht mehr der türkische Staat selbst, sondern Mitglieder der Türken-Lobby melden sich zu Wort und werden über ihre Vertretungsmacht den türkischen Staat wirken lassen. Der Vorsitzende der „Türkischen Gemeinde in Deutschland“, Kenan Kolat, forderte 2009 erneut die Streichung des Genozids aus dem brandenburgischen Lehrplan, unter anderem mit der Begründung, das Thema setze die türkischstämmigen Schüler unter „psychologischen Druck“. Wie viele bzw. wie wenige türkischstämmige Schüler es in diesem mitteldeutschen Bundesland überhaupt gibt, erwähnte er nicht. Die „Frankfurter Allgemeine“ schrieb dazu, daß es Kolat „wohl weniger um das Wohlergehen der türkischen Schüler, als vielmehr um die Interessenwahrung des türkischen Staates geht.“<sup>167</sup>

Die Einflußnahme steigert sich, wenn die deutsche Exekutive – quasi in vorauseilendem Gehorsam – in die Türkei reist, um den Zuspruch der türkischen Regierungstellen auf Türken in Deutschland zu erbitten. 2008 reiste der Arbeitsminister Nordrhein-Westfalens, Karl-Josef Laumann, nach Ankara. Einziger Zweck

163 „Frankfurter Allgemeine“ vom 13. März 2008

164 Atilgan, Türkische Diaspora in Deutschland, S. 169

165 Atilgan, Türkische Diaspora in Deutschland, S. 172–173

166 „taz“ vom 26. Januar 2005

167 „Frankfurter Allgemeine“ vom 7. August 2009

seines Besuchs: er wollte die jungen Türken in seinem Bundesland dazu animieren, Berufsausbildungen zu machen, um so der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Warum er sich dafür in die Türkei begab, sich mit seinem türkischen Amtskollegen traf und sein Anliegen nicht vor Ort an der Ruhr propagierte? „Viele türkische Familien bei uns hören eben immer noch mehr auf die türkische Obrigkeit als auf die deutsche.“<sup>168</sup> Wieso sollte sich die offen ausgesprochene und praktizierte Politik der Türkei, türkische Volksgruppen in fremden Staaten massiv zu bevorteilen und zu instrumentalisieren bzw. zu „schützen“, nicht auch auf die Bundesrepublik erstrecken? Nur, weil Deutschland historisch nicht zum Siedlungsraum des Osmanischen Reiches gehörte? Durch die Intervention türkischen Militärs wurde 1974 die Insel Zypern geteilt und seitdem eine massive Ansiedlung von Festlandtürken betrieben; die türkische Staatsführung hat 2003 im Norden des Irak Truppen stationiert; nicht allein mit der Begründung, kurdische Separatisten zu bekämpfen, sondern auch turkmenische Minderheiten in diesem Gebiet zu schützen. Ankara hat über viele Jahrzehnte die Diskriminierung der türkischen Minderheit im griechischen Thrakien beklagt, im eigenen Land aber eine weitaus härtere Verfolgung der griechischen Minderheit betrieben, so daß diese in den fünfziger und sechziger Jahren größtenteils auswanderte. Die nach dem Ende des Kommunismus 1989 in Bulgarien entstandene „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ fungiert praktisch als Partei der türkischen Minderheit in Bulgarien, und Gerüchte wollen nicht verstummen, daß sie über versteckte Kanäle vom türkischen Staat subventioniert wird.

Die deutschen Politiker denken wahrscheinlich immer noch, daß sie in Ankara einen Sonderstatus besitzen. Das trifft zwar zu, aber in völlig anderer Hinsicht, als sie es begreifen – der politische und ökonomische Status der Bundesrepublik ist nämlich weitaus höher einzuschätzen als der von kleinen und korrupten Balkanstaaten.

In keiner Weise wird die Türkei deshalb davon absehen, ihre Minderheit hierzulande nicht für ihre Zwecke zu instrumentalisieren – dazu ist das Potential des möglichen Gewinns viel zu verlockend. Die Türkei wird eher danach trachten, ihre Landsleute auf deutschem Boden noch viel stärker zu vereinnahmen als jene in ihren unmittelbaren Nachbarstaaten – *das* ist der besondere Status Deutschlands in den Augen der türkischen Regierungen gleich welcher Couleur!

Eine militärische Intervention ist nicht möglich, deshalb spielt man unter anderem virtuos auf der Klaviatur der Geschichtspolitik, um Druck auf die Deutschen und indirekt auch auf die Türken auf deutschem Boden auszuüben. Ein türkischer Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen warnte 2008 im Gespräch mit oppositionellen türkischen Gruppierungen davor, auf den Schutz der

Türkei zu verzichten – die Deutschen hätten braunes Blut in ihren Adern und würden im Zweifelsfall die Türken so behandeln wie die Juden im Dritten Reich.<sup>169</sup>

Hat die Regierung Kohl noch de facto den Zugang der Türkei nach Europa verschleppt, aber gegenüber Ankara das Gegenteil behauptet, bietet sich nun mit der zunehmenden Präsenz türkischstämmiger Politiker in Deutschland die Gelegenheit, über das wirtschaftsstarke Deutschland positiv auf die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union Einfluß zu nehmen. Gerade in dieser Frage gibt es keine streng nach Parteien gegliederte Meinungsvielfalt der türkischstämmigen Funktionäre, sondern einen quasi „alltürkischen“ Konsens. So sprechen sich Bülent Arslan und Emine Demirbüken-Wegner, beide Funktionsträger innerhalb der CDU, vehement gegen das (noch) propagierte Modell der „Privilegierten Partnerschaft“ ihrer Partei aus und befürworten uneingeschränkt den Beitritt der Türkei!

Der türkische Staat als hineinregierender und mitregierender Faktor in Deutschland wird weiter an Bedeutung zunehmen. Beide Seiten – Ankara und die sogenannten „Deutsch-Türken“ bzw. deren Interessenvertreter – arbeiten darauf hin. Ein maßgeblicher Teil der „Deutsch-Türken“ betrachtet die Türkei nach wie vor als hauptsächlichlichen Bezugspunkt ihres Lebens, selbst bei langdauerndem Aufenthalt in Deutschland. Vor allem vom Beitritt zur Europäischen Union versprechen sich beide Seiten ungeheure Vorteile. Für die „Deutsch-Türken“ ohne deutschen Paß hierzulande würde sich mit dem Status als EU-Bürger einiges verbessern, sie könnten z.B. frei innerhalb der EU reisen. Die Türkei sähe sich außenpolitisch aufgewertet und einen uralten Minderwertigkeitskomplex besänftigt, da sich ihre Führungsschicht seit Atatürks Zeiten geistig zu Europa zählt – allerdings nimmt die islamische Orientierung zur Zeit deutlich zu. Für die Pragmatiker in Ankara ist dies kein Widerspruch, sie schielen neben der symbolischen Aufwertung vor allem auf die materiellen Vorteile etwa in Form von Wirtschaftshilfen. So oder so: wie mit einer Nabelschnur ist die türkische Minderheit in Deutschland mit der Türkei verbunden, und alles deutet darauf hin, daß die Nabelschnur zukünftig nicht durchtrennt, sondern von zusätzlichem Blut durchpulst wird. Der Orientalist Raddatz bringt es auf den Punkt: „Sprache, Familiennachzug, Reisen in die Heimat, türkisches Fernsehen, Besuche türkischer Politiker verdichten sich zu einer mentalen – und finanziellen – Nabelschnur. Durch sie schiebt sich die Türkei biologisch und geistig nach Deutschland vor und macht aus einer simplen Anwesenheit eine politische Einheit.“<sup>170</sup>

Es sind im wesentlichen zwei Punkte, die ein beständiges und fast direktes Mitregieren Ankaras in der

168, „WAZ“, 28. November 2008

169, „Frankfurter Rundschau“ vom 28. April 2009  
170 Raddatz, Die türkische Gefahr? S. 224-225

deutschen Politik wahrscheinlich machen. Erstens ist es nach wie vor Strategie des türkischen Staates, die doppelte Staatsbürgerschaft von „Deutsch-Türken“ möglich zu machen bzw. als anerkannte Praxis zu etablieren. Die Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft ist in der Bundesrepublik zwar bei vielen anderen Staaten akzeptiert, wird aber zum Ausnahmefall, wenn allein die Zahl der möglichen Doppelstaatler aus der Türkei die Doppelstaatler aller anderen Nationen in der Bundesrepublik weit übersteigt – und weil viele dieser Doppelstaatler in ihrer Loyalität faktisch der Türkei den Vorrang geben.

Zweitens existiert die DITIB, die letztlich nichts anderes ist als eine staatliche Behörde der Türkei, ursprünglich geschaffen in der Absicht, islamistische Bestrebungen zu unterbinden, spätestens mit der Machtergreifung der AKP in der Türkei selbst im Ruch, Islamisierung zu betreiben.

## Minderheitenstatus und Türkisch als Amtssprache

Die Türken haben sich bereits „Türken-Ghettos“ auf deutschem Boden geschaffen, aber die Träume ihrer Funktionäre und Fürsprecher gehen noch weiter. Sie wollen für die Türken den Status einer *anerkannten* Minderheit erreichen, also *Volksgruppenrechte* für die Türken auf deutschem Boden. So drückt es Atilgan aus:

„Für den Status der Türken in Deutschland ist die Definition des Hohen Kommissars der OSZE für Nationale Minderheiten als eine Gruppe, „mit eigener Identität, die sich deutlich von der Identität der Mehrheit der Bevölkerung unterscheidet, darüber hinaus den dringenden Wunsch hat, die Identität zu behalten oder sogar zu festigen und/oder die Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Nummer 1201 aus dem Jahr 1993 am aussagekräftigsten. Allerdings ist dieses Dokument nicht juristisch bindend, da die Versammlung nur empfehlen kann. Dieser Text definiert eine Gruppe dann als nationale Minderheit, wenn sie eigenständige ethnische, kulturelle, religiöse oder sprachliche Merkmale aufweist, wenn sie hinreichend groß ist sowie den Willen hat, ihre Identität zu erhalten. Zusätzlich heißt es, die Angehörigen dieser Gruppe müßten mit dem betreffenden Staat langdauernd, fest und bleibend verbunden sowie dessen Staatsbürger sein.“

Nach dieser Definition befindet sich die türkische Bevölkerungsgruppe in Deutschland auf dem Weg zur Bildung einer Minorität. Sie hat die erforderlichen ‚spezifischen Eigenschaften‘, und ihr Vereinsleben zeigt den Willen zu ihrer Erhaltung. Ebenso ist die Gruppe hinreichend groß. Das letzte Kriterium der lang dauernden Präsenz ist zwar nicht genau definiert, wird sich aber im Laufe der Zeit selbst erfüllen. Die relativ geringe Einbürgerungsquote der Türken in Deutschland war u. a. in der rechtlichen und konzeptionellen Geschlossenheit der deutschen Staatsangehörigkeit begründet, mit

der Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes wird die Zahl der Einbürgerungen von türkischen Staatsbürgern jedoch voraussichtlich erheblich steigen. Das Zentrum für Türkeistudien rechnet auf der Grundlage von Hochrechnungen im Jahre 2003 mit 900 000 deutschen Staatsbürgern türkischer Abstammung. Es ist also durchaus davon auszugehen, daß es auf lange Sicht in Deutschland eine türkische Minderheit geben wird.<sup>171</sup> Betrachtet man die gegenwärtig existierenden Minderheitenrechte in Deutschland, dann stellt man fest, daß es sich sowohl zahlenmäßig als auch gesamtpolitisch um marginale Erscheinungen in der Bundesrepublik handelt. Sorben in Brandenburg/Sachsen und Dänen in Schleswig-Holstein stellen selbst in ihren jeweiligen Bundesländern nur einen kleinen Teil der Bevölkerung; Schleswig-Holstein, Brandenburg und Sachsen sind zudem Länder mit zahlenmäßig schwacher Bevölkerung – deswegen auch geringer Bedeutung im Bundesrat – und ohne großes ökonomisches Gewicht. Sie beherbergen außerdem keine repräsentativen Millionenmetropolen.

Wenn den Türken in Deutschland in absehbarer Zeit, nur auf Grund ihres drängenden Forderns und aus Angst vor einem Bürgerkrieg, Minderheitenrechte zugestanden würden, hätte dies dagegen unabsehbare Folgen für die territoriale Integrität der Bundesrepublik. Das sind keine Horrorszenarien von Rechtsradikalen, sondern logische Folgerungen aus der Geschichte jener Länder, in denen sich eine große türkische Minderheit befindet, die die Gesamtpolitik des Landes beeinflussen will – so etwa in Zypern vor 1974. Jeder anfangs höflich ausformulierte Anspruch auf „Partizipation“ wird auf Grund der historischen Erfahrung und dem Anspruchsdenken vieler Türken/Muslime – nämlich Herrschaft über Christen auszuüben – langfristig zumindest in der Forderung nach einem Sonderstatus für die eigene Volksgruppe, wahrscheinlich aber in bürgerkriegsähnlichen Zuständen enden. So prophezeit es Peter Scholl-Latour für Deutschland bei einer weiteren Zunahme der Muslime und einem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union: „Die „multikulturelle“ Utopie weltfremder Ideologen liefe Gefahr, in Mord und Totschlag, in offenen Bürgerkrieg einzumünden.“<sup>172</sup>

Es sei daran erinnert, daß die Türken auf Zypern in den sechziger Jahren ca. 30% der Sitze im Parlament zugestanden bekamen, obwohl sie nur 20% der Bevölkerung der Mittelmeerinsel stellten, zusätzlich garantierte die Verfassung ihnen ein Vetorecht, welches sie so exzessiv nutzten, daß Zypern unregierbar wurde. Da es im Gegensatz zu Dänen und Sorben keine historisch abgegrenzten Siedlungsgebiete von Türken in Deutschland gibt, würde die Türken-Lobby selbstverständlich versuchen, diese Volksgruppenrechte auf breitestmöglicher Ebene, nämlich bundesweit, zu verankern. Selbst wenn dies scheitern würde, wäre eine Verwurzelung von Sonderrechten in bestimmten

171 Atilgan, Türkische Diaspora in Deutschland, S. 95

172 Scholl-Latour, Allahs Schatten über Atatürk, S. 308

Bundesländern und eine starke Beeinflussung der Bundespolitik immer noch möglich. Die zahlenmäßig größte türkische Gruppe lebt in Nordrhein-Westfalen, einem Land mit ökonomischer Potenz und Stärke im Bundesrat, da es über die höchste Einwohnerzahl aller Bundesländer verfügt. Die Zentrale der DITIB befindet sich ebenfalls dort. Dazu gesellen sich die besonders rührigen Gruppen der Türken-Lobby in solchen Metropolen wie Berlin, Hamburg und Köln, das ebenfalls in Nordrhein-Westfalen liegt. Deutschland würde einen binationalen Charakter bekommen, es wäre das Land der Deutschen *und* der Türken!

Die sich jetzt bereits deutlich abzeichnenden Tendenzen in den „Türken-Ghettos“ weisen darauf hin, daß diese potentiellen Enklaven einen prinzipiell anderen Charakter besitzen, als etwa das sorbisch und dänisch besiedelte Gebiet. In Bautzen, Lübbenau und Flensburg käme niemand auf die Idee, die Hoheit des deutschen Staates in Frage zu stellen oder das Gewaltmonopol deutscher Polizisten anzuzweifeln. Mit einer staatsrechtlichen Emanzipation der „Türken-Ghettos“ hätten wir tatsächlich Enklaven in Deutschland, die sich nicht nur sprachlich, sondern auch religiös und kulturell gravierend vom deutschen Siedlungsgebiet unterscheiden würden – mit einer Tendenz zur Ausbreitung durch zunehmende Einwanderung aus Anatolien und zur „Protektion“ durch Ankara.

Die mögliche Einführung von Türkisch als Amtssprache muß nicht unbedingt mit der Einführung von Volksgruppenrechten einhergehen, sondern hat einen eigenständigen Charakter. Seit Jahren versuchen Funktionäre der Türken-Lobby und ihre Parteigänger unter den Deutschen, die türkische Sprache aufzuwerten, obwohl diese international keinen Stellenwert besitzt. Die Absicht ist klar: das Manko der Türken, eine im weltweiten Maßstab unbedeutende Sprache als Muttersprache zu haben, soll durch die Anerkennung des Türkischen im deutschen Schul- und Bildungsbetrieb kompensiert werden. Eine Einführung von Türkisch als Amtssprache, von einer allgemeinen Einführung von Türkisch in Schulen befördert, würde aber die Chance einer jetzt schon ungewissen Integration durch Spracherwerb massiv verschlechtern. Es bestünde dann nicht mehr der geringste Anreiz, die deutsche Sprache zu erlernen und gut zu beherrschen. Die Bildung türkischer Exklaven würde zementiert, was der SPD-Bezirksbürgermeister Neuköllns, Heinz Buschkowsky, treffend kommentierte, als der türkische Ministerpräsident Erdogan 2010 türkischsprachige Schulen in Deutschland forderte: „Es kann nicht die Aufgabe der deutschen Gesellschaft sein, den Jugendlichen Türkisch beizubringen (...) Wir sind keine Exklave der Türkei.“<sup>173</sup>

Latent gefördert wird ein solcher Schritt aber dadurch, daß Türkisch de facto bereits in vielen Kommunen zur Amtssprache erhoben wurde. Es gibt innerhalb vieler Behörden Beschreibungen auf Türkisch, türkischsprachige Ausfüllhilfen für Formulare

und türkischsprachige Mitarbeiter. Mit Berufung darauf könnten die Funktionäre der Türken-Lobby drängen, aus einem „Gewohnheitsrecht“ einen formal anerkannten Status zu machen. Es ist bezeichnend, daß sich nicht nur die CDU-Spitze, sondern auch Türken- und Islam-Verbände dagegen aussprachen, als von der CDU-Basis ein Vorstoß gemacht wurde, Deutsch als Sprache der Bundesrepublik im Grundgesetz zu verankern. Daß die Türken-Lobby dagegen Sturm lief<sup>174</sup>, obwohl sie nicht direkt davon tangiert wäre, läßt nur einen Schluß zu: sie befürchtet, daß ein solcher Schritt zum gegenwärtigen Zeitpunkt Signalcharakter hätte und eine spätere Einführung des Türkischen erschweren bzw. verhindern würde. Es ist in ihren Augen taktisch besser, erst abzuwarten und dann nach Zuzug von weiteren Millionen Türken gegebenenfalls Deutsch *und* Türkisch im Grundgesetz zu verankern.

Wenn Deutschland aber zu einem Land der Deutschen und der Türken wird, erleidet es über kurz oder lang das Schicksal Westarmeniens und Ostgriechenlands: die ursprünglichen Bewohner des Landes werden ausgelöscht oder vertrieben, so wie es in Konstantinopel, Smyrna und Adana geschah.

#### Literatur

Canan Atilgan: Türkische Diaspora in Deutschland. Chance oder Risiko für die deutsch-türkischen Beziehungen, Hamburg 2002

Hans Plattner: Die Türkei. Eine Herausforderung für Europa, München 1999

Helmut Quaritsch: Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland? 2. Aufl., München 1982,

Hans-Peter Raddatz: Die türkische Gefahr? Risiken und Chancen, München 2004

Peter Scholl-Latour: Allahs Schatten über Atatürk. Die Türkei in der Zerreißprobe, 6. Aufl., München 2001

\*

Walter Rathenau, von Nazis als Nichtarier und Jude verunglimpft und 1922 ermordet, schrieb: *Der Inbegriff der Weltgeschichte ist die Tragödie des arischen Stammes. Ein blondes, wundervolles Volk erwächst im Norden ... aber (es) quellen die Fluten der dunklen Völker immer näher. Eine orientalische Religion ergreift die Nordländer ...*

173 „Welt“ vom 28. März 2010

174 „Süddeutsche Zeitung“ vom 3. Dezember 2008